

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dumping-Preise verhindern – Arbeitsbedingungen verbessern: Flugabfertigung am BER zurück in die Hand der Flughafengesellschaft (FBB)

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass bei künftigen Lizenzvergaben für Bodenverkehrsdienstleistungen umfangreiche und detaillierte Arbeitsschutz- und Qualifikationsvorgaben gemacht und in das Pflichtenheft aufgenommen werden. Soweit möglich sollen auch einheitliche tarifvertragliche Mindestvorgaben gemacht bzw. darüber hinausgehende Zusagen in der Bewertung der Angebote positiv berücksichtigt werden.

Zudem soll auf dem Flughafen BER die Flugzeugabfertigung nach der nächsten Lizenzvergabe im Jahr 2022 wieder durch ein Unternehmen der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) erbracht werden. Die gemäß Verordnung über Bodenabfertigungsdienste auf Flugplätzen (Bodenabfertigungsdienst-Verordnung - BADV) angebotenen Vorfeldlizenzen sollen auf zwei begrenzt werden. Ein entsprechendes Bodenabfertigungsunternehmen ist durch die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) zu erwerben oder zu gründen.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. Dezember 2020 zu berichten.

Begründung:

Im Jahr 2008 wurde das flughafeneigene Tochterunternehmen Globeground an die WISAG verkauft. Die Folge war, dass alle ehemaligen Globeground-Beschäftigten in der Passage (CheckIn, Boarding, Ticketing, Lost& Found, usw.) bis spätestens 2015 ihren Arbeitsplatz verloren und die WISAG selbst durch andere Parallelunternehmen ersetzt wurde. Die Beschäftigungs- und Bezahlungsbedingungen wurden deutlich verschlechtert. Auf dem Vorfeld ist die Situation ähnlich. Auch hier wurden weitere WISAG-Unternehmen gebildet, die im Wettbewerb mit dem eigenen Unternehmen stehen. Mit der BER-Eröffnung hat die WISAG de facto allen im Jahr 2008 übernommenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Arbeitsplatz entzogen und sie durch billigere Arbeitskräfte ersetzt.

Die Folge ist, dass die aktuellen Abfertigungsprozesse sowohl in Tegel als auch in Schönefeld qualitativ auf einem nicht akzeptablen Niveau sind. Die am Flughafen praktizierenden Unternehmen verfolgen weniger das Interesse, unserer Wirtschaftsregion einen stabilen Flugverkehr zu garantieren, sondern sind vielmehr an maximalen Profiten interessiert.

Für unsere Wirtschaftsregion ist ein funktionierender Flughafen eine infrastrukturelle Hauptschlagader. Die Flughafengesellschaft muss ein viel stärkeres Interesse an einem stabilen Flugverkehr entwickeln. Daher muss sie wieder Einfluss auf die Qualität und Quantität dieser Schlüsseldienstleistung am Flughafen bekommen. Zudem würde sie für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne sorgen können.

An Flughäfen wie Frankfurt oder München könnte man sich hier ein Beispiel nehmen. Beide sorgen seit Jahren mit eigenen Tochterunternehmen für stabile Abfertigungsprozesse und haben am Flughafen München zusammen mit dem Mitbewerber SwisSPORT und der Gewerkschaft ver.di hohe Sozialstandards für Beschäftigte vereinbart, die auf alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Vorfeld angewendet werden. Zudem leisten diese Unternehmen jedes Jahr einen zum Teil erheblichen positiven Beitrag zu den guten Betriebsergebnissen der Flughäfen.

Ein erster wichtiger Schritt für bessere Arbeitsbedingungen ist die Reduzierung der Anzahl der durch die Flughafengesellschaft zu vergebenden Vorfeldlizenzen von derzeit drei auf zwei. Das bewährt sich nicht nur an allen anderen deutschen Verkehrsflughäfen, sondern erfüllt auch die Vorgaben der entsprechenden EU-Verordnung. Die derzeit drei Vorfeldlizenzen sorgen für einen härteren Wettbewerb unter den Dienstleistern und führen gleichzeitig zu prekärer Beschäftigung. Da sich die Aufträge so stark verteilen, würden bei Vollzeitstellen häufig Leerlaufzeiten entstehen.

Die Folge ist, dass einige Unternehmen - zum Beispiel die WISAG Passage Service mit fast 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - 90 Prozent der Stellen in Teilzeit besetzt haben oder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Teil geteilte Dienste akzeptieren müssen. Die physischen und psychischen Belastungen sind enorm, sorgen für hohe Krankenstände und belasten unsere Sozialsysteme.

Berlin, den 11. August 2020

Saleh Düsterhöft König Schopf Stroedter
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Schatz Helm Ronneburg Schubert
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Moritz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen